wilma

Wilhelmstädter Magazin Nr. 5, Oktober/November 2020

Erscheint sechsmal im Jahr kostenlos und werbefrei, Herausgeber: Bezirksamt Spandau von Berlin, Stadtentwicklungsamt

TANJA SCHNITLZER

Seite 3
WISTA WAT
In der Wilhelmstadt hat sich eine neue Initiative für mehr Zusammenhalt und gegen Vereinsamung gebildet.

Seite 8/9
Mietendeckel
Eine Deckelung der Mieten ist in Berlin nichts Neues. Die Geschichte der Mietendeckel reicht bis ins Kaiserreich.

Seite 12/13
Ausstellungen in der Zitadelle
Gleich drei Ausstellungen finden derzeit in der Zitadelle statt. Von 100 Jahren Groß-Berlin, Juden in Spandau und der Spree.

Der Stadteilladen ist wieder geöffnet.
Die Angebote können unter Beachtung der bereits allgemein bekannten Hygiene- und Verhaltensregeln und im Stadtteiladen angebrachten Hinweise wieder genutzt werden.

TANJA SCHNITZLER

Bilderrätsel: Gewinner gesucht!

Die meisten unserer Leser kennen die Wilhelmstadt ja quasi in- und auswendig, entsprechend viele Zuschriften bekommen wir auch jedes Mal auf unser Bilderrätsel. Doch diesmal wird es schwierig: Wo wurde dieses Foto aufgenommen?
Wer weiß, welchen Ort in der Wilhelmstadt das Bild zeigt, schickt die Lösung – bitte mit genauer Absenderadresse! – an die Redaktion: »Wilma«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstr. 21, 10115 Berlin, oder per Mail an: wilma@berliner-ecken.com – Einsendeschluss ist Montag, der 17. November. Unter den richtigen Einsendungen wird ausgelost, der Gewinner erhält einen 20-Euro-Büchergutschein für die Dorotheenstädtische Buchhandlung.
Zu unserem letzten Bilderrätsel schrieb uns Hannelore Höhle sehr präzise: »Das Foto zeigt den Gebäudekomplex vom Durchgang zur Krowelstraße bis Pichelsdorfer Str. 112. Anstelle der Flachbauten steht jetzt der Neubau mit dem Wandgemälde. Davor ist »Rossmann« – früher das Kino Regina.« Wir gratulieren der Gewinnerin! Der Gutschein geht Ihnen per Post zu.

Erweiterte Öffnungszeiten im Rathaus Spandau

Seit dem 21. September sind die Öffnungszeiten der Bürgeramtsstandorte Rathaus und Wasserstadt auf jeweils 35 Stunden pro Woche erweitert.
Trotz der Corona-Pandemie und den daraus resultierenden Einschränkungen verbessert sich damit die Erreichbarkeit des Bürgeramtes für die Spandauer. Insbesondere wurde mit sechs Früh- und vier Spätsprechzeiten das Angebot gerade für die Berufstätigen ausgebaut und verbessert.
Die neuen Öffnungszeiten im Rathaus sind:
Mo 8–15 Uhr, Di 8–14 Uhr, Mi 9.30–18 Uhr, Do 9.30–18 Uhr, Fr 8–13 Uhr
Bitte beachten Sie, dass die Inanspruchnahme der Dienstleistungen des Bürgeramtes aufgrund des bezirklichen Hygienekonzeptes ausschließlich mit vorheriger Terminvereinbarung möglich ist, um Wartezeiten und die Anzahl der Bürgerinnen und Bürger in den Gebäuden zu begrenzen.
Termine können online unter https://service.berlin.de oder telefonisch über die Nummer des Behördentelefons 115 gebucht werden. Bitte beachten Sie, dass im Gebäude das Maskentragen vorgeschrieben.

Unser Titelbild...

... zeigt einen der Dinos, die von Ende August bis Ende September auf der Postbrache an der Klosterstraße zu bewundern waren.

WILMA im Internet

Alle bisher erschienenen Ausgaben der WILMA findet man auch im Internet als PDF unter: www.wilhelmstadt-bewegt.de/was-bewegt-sich/

Die nächste WILMA ...

... erscheint Ende November 2020..

Termine im Stadtteilladen Adamstraße 39

Sprechzeiten des Geschäftsstraßenmanagements: Di und Mi 10–13 Uhr

Sprechstunde des KoSP (Gebietsbeauftragte für die Wilhelmstadt): Fr 9–14 Uhr

Öffentliche Sitzungen der Stadtteilvertretung: jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.15 Uhr

Stadtteilvertretung, AG Verkehr: jeden 2. Mittwoch im Monat, 19–21 Uhr

Beratungsangebote des Sozialteams im Stadtteilladen: siehe S. 15

Treffen der »Narcotics Anonymous«: (Selbsthilfegruppe für Menschen mit Suchterkrankungen): Fr 19.45–20.45 Uhr

Sprechzeiten der Stadtteilkoordination: Do 12–14 Uhr, jeden 2. Montag im Monat 17–19 Uhr sowie auf Anfrage. Ansprechpartnerin: Margit Beutler, Tel. 0176-44 47 08 18

AG »Geschichte und Geschichten«

Die Arbeitsgruppe beschäftigt sich mit der jüngeren Geschichte der Wilhelmstadt und trifft sich jeden zweiten Mo. und jeden letzten Do. im Monat um 17 Uhr im Stadtteilladen.

LOGOS

Nachhilfe für Schüler (alle Schulfächer): Mi + Do ab 16 Uhr
Schachtraining (Anfänger, für Kinder ab 8 Jahren): mittwochs 18.30–20 Uhr, Unterricht auf Deutsch

SELAM

(Sozialarbeit für Kinder und Jugendliche)
Ansprechpartner: Mesut Göre,
Kontakt: Tel. 0176-34 93 90 44

Impressum

HERAUSGEBER *Bezirksamt Spandau von Berlin, Abt. Bauen, Planen und Gesundheit; Stadtentwicklungsamt*
REDAKTION *Christof Schaffelder, Ulrike Steglich*
REDAKTIONSADRESSE *»Wilma«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstr. 21, 10115 Berlin, Tel.: (030) 283 31 27, mail: wilma@berliner-ecken.com*
FOTOREDAKTION *Tanja Schnitzler, fotografie@tanjaschnitzler.de*
ENTWURF UND GESTALTUNG *Kai Dieterich, www.morgen-berlin.com*
DRUCK *BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH www.berliner-zeitungsdruck.de*
V.I.S.D.P. *Ulrike Steglich / Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.*

Raus aus der Einsamkeit!

Im Kiez hat sich eine neue Initiative gegründet, die mit gemeinsamen öffentlichen Mitmach-Aktionen der Vereinsamung entgegenwirken will

TANJA SCHNITZLER

In der Wilhelmstadt gibt es eine neue Initiative: sie nennt sich WISTA WAT? (wobei WISTA für Wilhelmstadt steht) und setzt sich für mehr Zusammenhalt und gegen Vereinsamung ein.

Eine der WISTA-WAT-Gründerinnen ist Brigitte Fuchs, die 42 Jahre lang für den Bezirk Spandau arbeitete – bekannt ist sie für ihre engagierte Jugendarbeit im SJC Wildwuchs. Doch in all den Jahren in der Wilhelmstadt ist ihr auch immer wieder das Thema Einsamkeit begegnet – und zwar quer durch alle Altersschichten. Den Wunsch, aktiv dagegen etwas zu tun, hat Brigitte Fuchs schon lange mit sich herumgetragen. Den letzten Anstoß habe dann im Frühjahr eine Wilhelmstädterin gegeben, die in die Stadtteilvertretung kam und dort »Aktivitäten gegen Langeweile« anregen wollte. Schon 14 Tage später hatten sie – zusammen mit weiteren Engagierten – ein erstes Treffen organisiert. Doch dann kam erstmal der Pandemie-Lockdown. Und damit auch eine Zwangspause für die Gruppe.
Die Corona-Krise aber verschärfte für viele das Einsamkeitsproblem noch. Insbesondere Ältere, die nun als Risikogruppe galten, kamen oft kaum noch aus ihren Wohnungen heraus, Besuche – etwa von Verwandten – waren kaum noch möglich. Genau deshalb startet die Initiative nun mit den ersten Aktionen – denn Corona ist nicht aus der Welt, die zweite Welle droht, und das Thema Einsamkeit bleibt auch deshalb weiter akut.
Auch die Stadtteilkoordinatorin Margit Beutler unterstützt die Initiative. Sie hat bereits im Bezirk Friedrichshain/Kreuzberg gute Erfahrungen mit solchen Anwohnerinitiativen gemacht, die niedrigschwellige Angebote machen und in ihrer Arbeit erfolgreich sind. Auch eine kleine finanzielle Unterstützung gab es schon, und zwar aus dem Förderprogramm »Freiwilliges Engagement In Nachbarschaften«: »Aus diesen sogenannten FEIN-Mitteln des Bezirksamts erhielten wir als Startkapital 800,– €. Damit wollen wir übers Jahr Aktionen initiieren, die sich zu einem Mehrgenerationen-Treffpunkt zu Coronazeiten entwickeln sollen«, berichtet Brigitte Fuchs.
Das Geld wurde investiert in ein »Mobitable«, eine Art mobilen Tisch also: Dabei handelt es sich um einen Bollerwagen, mit dem man einerseits vieles transportieren kann, der sich andererseits aber auch schnell in zwei Bänke und einen Tisch verwandeln lässt (siehe Foto). Das eignet sich natürlich wunderbar für Aktionen unter freiem Himmel, um die Menschen heraus ins Freie zu locken. Und falls es von oben mal nass runterkommen sollte, wurde auch eine mobile Überdachung angeschafft. Es blieb auch noch Geld für einen Stempel, eine Fünf-Liter-Druckkanne für Heißgetränke und einen 30 Liter Wasserkanister zum mobilen Händewaschen übrig – die Utensilien werden im Stadtteilladen untergestellt.
Damit war die Initiative startklar für ihre ersten Mitmach-Aktionen:
Der Auftakt fand bereits am 16. September mit einer Druck-Aktion statt, angeregt durch das viele Streuobst, für das Verteiltüten bedruckt werden sollten. Aktion Nr. 2: eine Ernte-Aktion am 4. Oktober, zugleich die erste Ausfahrt mit dem »Mobitable«: Mit Bollerwagen oder Fahrradanhänger ging es in die Nachbarschaft – um die Wilhelmstadt zu erkunden, beim Äpfelsammeln zu helfen oder Ernteüberschüsse abzuholen.
Und am 7. Oktober ist von 15 bis 19 Uhr »Apfeltag« mit einer Verteil-Aktion auf dem Földerichplatz: Was lässt sich aus Äpfeln zubereiten? Apfelkuchen, -saft und Apfelmus, klar. Aber auch Flammkuchen, Marmelade, Cidre und vieles mehr. An diesem Tag gibt es viele Rezepte zum Mitnehmen. Außerdem werden Apfeltüten für einsame und oder kranke Menschen im Stadtteil gepackt, und jeder, der kommt, kann sich soviel Äpfel mitnehmen, wie in eine Tüte passt! Die Initiative wünscht sich dabei ausdrücklich viele fotografierte Apfelergebnisse, die auch auf dem Instagram-Account von WISTA WAT gepostet werden dürfen.
Die Aktion findet in Zusammenarbeit mit der Kontaktstelle Pflegeengagement (KPE) von CASA e.V. statt. Auch der SJC Wildwuchs unterstützt die WISTA WAT-Projekte, und sowohl die evangelische als auch die katholische Kirchengemeinde haben ihre Mithilfe zugesagt.
Im kommenden Jahr würde die Initiative gern jeden Monat mindestens eine Aktion organisieren. Vorstellbar sei auch, so Brigitte Fuchs, leerstehende Geschäfte in der Wilhelmstadt für einzelne Veranstaltungen zu nutzen – schließlich gibt es genug Leerstand im Gebiet, Zwischennutzungen können da nur belebend wirken. Langfristig hat die Initiative ein überaus ehrgeiziges Ziel. »Unser Traum ist ein Nachbarschaftsheim oder -laden mit vielen schönen Angeboten«, sagt Brigitte Fuchs. Doch aus ihrer langjährigen Berufserfahrung weiß sie auch, dass »der Weg dorthin holprig und lang ist.« us

Die Initiative freut sich über weitere aktive Mitstreiter! Es gibt noch keine regelmäßigen Treffen, deshalb können Interessentinnen und Interessenten sich per E-Mail melden und werden dann über die nächsten Schritte, Treffen und Aktionen informiert.
Mehr Infos unter: Tel. (030) 353 89 566
Anmeldung zu den Aktionen unter:
Tel. 0177-49 83 664 (Judit Landstoff)
Mail: wistawat@yahoo.com

Siedlungsbau und Straßennamen

Kieztouren in der Wilhelmstadt führen zu unterschiedlichen historischen Orten und zu sehr heutigen Gewerbetreibenden

ANJA SCHNITZLER

Birgit Ohström ist professionelle Stadtführerin. Meist ist sie in der Berliner Innenstadt unterwegs, zuletzt aber auch immer häufiger in der Spandauer Altstadt, wo ihre Firma ihren Sitz hat. Neu in ihrem Repertoire sind seit Kurzem auch Führungen durch die Wilhelmstadt, dem Stadtteil, in dem Frau Ohström aufgewachsen ist. Man findet die Angebote auch auf der Website www.wilhelmstadt-bietet.de.

Das Besondere an diesem Format: In Kooperation mit dem Geschäftsstraßenmanagement Wilhelmstadt werden auf den Spaziergängen auch hier ansässige Gewerbetreibende vorgestellt. So startet beispielsweise die Tour »Kalter Krieg in der Wilhelmstadt – Briten und andere Schutzmächte« (der Termin im Oktober ist leider schon ausgebucht!) im »Kö Reloaded« in der Metzer Straße 10 und führt dann über den Weinladen Spandau zum Café Barfly.
Eine andere Tour (»Who ist Who – Wilhelmstädter Straßennamen«) fand vor dem Druck dieser Zeitung statt. Sie startete bei »Betty macht Druck« in der Weißenburger Straße mit einer Mini-Modenschau. Während der Tour erfuhren die Teilnehmer viel Informatives und auch überraschende Geschichten zur Benennung von Straßen im Gebiet. So sind sowohl die Adam- als auch die Betckestraße (deren Straßenführung ja nur von der Pichelsdorfer Straße unterbrochen ist) nach ein und derselben Person benannt: nach Adam Betcke nämlich, Bäckermeister und von 1883 bis 1885 Spandauer Bürgermeister. Eine echte Erholungspause gab es in der Entspannungstherapiepraxis von Ewa Betz, und bei Kaffee und Kuchen im »Kö Reloaded« fand die Tour ihren Abschluss.
Am 2. Oktober führte dann Tour 2 »Zurück in die Vergangenheit – Der Spandauer Burgwall«. Für Tour 4 (»Siedlungsbau in der Wilhelmstadt«) gibt es noch freie Plätze: Der Kiezspaziergang findet am Freitag, 16. Oktober von 16 Uhr bis 18:30 Uhr statt. Eine Teilnahme ist nur mit Anmeldung möglich, da coronabedingt nur 12 Personen dabei sein können. Bitte rechtzeitig anmelden: unter www.wilhelmstadt-bietet.de/kieztouren
Auf der Website findet man auch weitere Informationen. Ein Unkostenbeitrag von 5 Euro pro Teilnehmer ist per Vorkasse zu entrichten.
Mehr über die Stadtführungen von Birgit Ohström erfährt man auf der Website ihrer Firma »abenteuer-berlin.net«. Man kann ihre Touren dort auch einzeln buchen, z.B. für Firmenfeiern oder Geburtstagsfeste.

Literatur in der Wilhelmstadt

Ein Leseparcours macht auch Station im Zamazingo-Garten

Vom 8. bis zum 14. Oktober 2020 bietet das Projekt »Downtown Spandau Medina« eine Bühne für aktuelle Literatur und Raum zum Austausch sowie zur Diskussion.

Unter dem Motto »Weil Literatur Räume für Begegnungen schafft, und weil Begegnungen lebenswichtig sind« stellen sich bei dem literarischen Parcours mit insgesamt sieben Veranstaltungen verschiedene Autorinnen und Autoren mit ihren Texten vor und laden zum gemeinsamen Gespräch ein.
In der Wilhelmstadt ist Zamazingo in der Pichelsdorfer Straße 118 Gastgeber zweier Veranstaltungen und darf am 9. und 10. Oktober Ronya Othmann und Dr. Bente Scheller sowie Jayrôme C. Robinet und Chantal-Fleur Sandjon in ihrem Garten begrüßen.
Die Schriftstellerin Ronya Othmann liest am 9. Oktober aus ihrem Buch »Die Sommer«, Dr. Bente Scheller moderiert. Es geht um das Aufwachsen zwischen mehreren Welten, um Syrien und Kurdistan: Die Erzählerin im Roman verbringt ihre Sommerferien in einem kurdischen Dorf, im Haus der Großeltern, in Sichtweite der türkischen Grenze. Zwischen Reisetagebuch, Kindheitserinnerungen, Kriegsberichtserstattung und Alltagsgeschichten bedrohter Verwandter tastet sich die junge Münchnerin Leyla an ein Leben heran, das nur in Bruchstücken ihres ist. Erst als der Islamische Staat das jesidische Dorf auslöschen will, spürt Leyla die Abgründe zwischen sich und ihren deutschen Freundinnen …
Am 10. Oktober geht es wiederum um Katzenhaltung, Selbstverwirklichung und Solidarität: Jayrôme C. Robinet liest aus »Mein Weg von einer weißen Frau zu einem jungen Mann mit Migrationshintergrund«, Chantal-Fleur Sandjon moderiert.
Weitere Veranstaltungen finden auch an anderen Orten statt, beispielsweise im Gotischen Saal der Zitadelle. Hier führt der literarische Weg z.B. am 12. Oktober in eine Havellandschaft in den Neunzigern: Manja Präkels liest aus »Als ich mit Hitler Schnapskirschen aß«, Ute Waldhausen moderiert. Es wird um die Neunziger in Brandenburg gehen, um Jugendkultur und Rechtsradikalismus in der Postwende-Zeit.

Da die Teilnehmerzahl begrenzt ist, wird um eine Reservierung unter reservierungen@spandaumedina.org gebeten.
Weitere Informationen unter www.downtownspandau.org

Gärten als Keimzellen zukunftsfähiger Entwicklung

Die KlimaWerkstatt Spandau lädt Gartenprojekte und Interessierte zu einem Austausch ein, um die Bedeutung von Gärten als Keimzellen – nicht nur für Obst und Gemüse – aufzuzeigen und besser fruchtbar machen zu können. Gärten, insbesondere Gemeinschaftsgärten, schaffen lebenswichtige soziale und ökologische Räume in der Stadt, in denen die Produktion von Nahrungsmitteln und ihre Voraussetzungen erlebbar werden. Sie sind zudem Begegnungsstätten, Anschauungsorte und Experimentierfelder für eine zukunftsfähige Entwicklung. Wie können solche Gemeinschaftsgärten besser zur gesellschaftlichen Teilhabe in den Kiezen beitragen? Die Veranstaltung soll eine Brücke schlagen von konkreten Aktivitäten in Gärten vor Ort zu allgemeineren Zielen für eine zukunftssichere Versorgung angesichts von Klimawandel, Krankheiten und anderen Herausforderungen.
Eingeladen sind insbesondere Vertreter von Einrichtungen, die Gemeinschaftsgärten betreiben oder dies planen. Lehrer, Pädagogen und interessierte Spandauer sind eingeladen, die Bildungsangebote der Gartenprojekte kennen zu lernen:
Dienstag, den 13.10., 17:00 Uhr bis 18:30 Uhr im Rathaus Spandau, Carl-Schurz-Str.2/6, (Raum 128b), 13597 Berlin

TANJA SCHNITZLER

Kinderstühle statt Bankschalter

Von der Volksbank-Filiale, die früher in der Adamstraße 2 ihren Sitz hatte, ist nur noch ein Geldautomat geblieben. Die Räume im Eckhaus jedoch standen nun schon einige Jahre leer. Hier soll bald neues Leben einziehen: Eine Kita wird hier entstehen. Kitaplätze werden zwar dringend gebraucht, auch in der Wilhelmstadt, dennoch ist es nicht unbedingt das ideale Umfeld für eine Kita – direkt an der Kreuzung Pichelsdorfer / Adamstraße, wo noch dazu bald gebaut werden soll. Auch mit Kitafreiflächen sieht es hier schwierig aus. Doch immerhin gibt es ja noch den Spielplatz um die Ecke, an der Durchwegung Jägerstraße …

Mehr Augenmerk für den Klimaschutz

In diesem Jahr gab es Veränderungen für die Städtebauförderungsprogramme, die damit auch die Wilhelmstadt betreffen. Denn die Wilhelmstadt ist Sanierungsgebiet und zugleich Fördergebiet im Programm »Aktive Zentren«, wie es bislang hieß. Wichtigste Änderung: Die bisherigen Förderprogramme »Aktive Zentren« und »Städtebaulicher Denkmalschutz« werden unter dem neuen Titel »Lebendige Zentren« zusammengefasst. Unberührt davon bleiben die zur Verfügung gestellten Fördergelder. Jedoch ermöglicht die neue Bündelung u.a. eine flexiblere Handhabung der Mittelverteilung.
Insgesamt zielt das neue Programm weiter auf die »Anpassung, Stärkung und Revitalisierung und der Erhalt von Stadt- und Ortskernen, historischen Altstädten, Stadtteil- und Ortszentren, die Profilierung und Standortaufwertung sowie den Erhalt und die Förderung von Nutzungsvielfalt«. Ziel ist »die Entwicklung der Zentren zu attraktiven und identitätsstiftenden Standorten für Wohnen, Arbeiten, Wirtschaft und Kultur.«
Jedoch kommt nun eine wichtige Komponente hinzu, die für die Gebiete selbst und die konkreten Fördervorhaben vor Ort von sehr konkreter Bedeutung ist: Denn ab sofort sollen alle geplanten Maßnahmen auch unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit, Umweltfreundlichkeit, Energieeffizienz und des Klimaschutzes geprüft werden. Das könnte beispielsweise heißen, dass im Zweifelsfall einer Begrünungsmaßnahme der Vorzug vor einer Bodenversiegelung gegeben wird, dass also Fördergelder z.B. eher in eine Grünfläche als in eine Parkplatzvariante investiert werden. us

Sorge um die Bäume

Die Stadtbäume, insbesondere die Straßenbäume, stehen derzeit unter hohem Stress. Besonders zu schaffen machten ihnen die extreme Wetterverhältnisse der letzten drei Jahre – vor allem Hitze und Trockenheit. Hinzu kommen weitere Belastungen und Stressfaktoren wie Abgase, Streusalz, Schadstoffbelastung im Boden sowie übermäßiger Kronenschnitt oder gar Kronenkappungen. Infolgedessen erreichen sie in der Regel nur ein Drittel ihres potentiellen Alters.
Vor allem die anhaltende Wasserknappheit hat den Straßenbäumen sehr zugesetzt. In der Regel reagieren Bäume darauf mit eingerollten Blättern oder Laubabwurf, um so die Photosynthese-Leistung zu reduzieren und damit den Wasserverbrauch zu drosseln. Weniger Photosynthese bedeutet allerdings auch eine geringere Widerstandskraft gegen Schädlinge und weniger Wachstum, auch bei den Wurzeln.
Um den Bäumen im Kiez etwas Gutes zu tun, hat sich die „Gießgruppe Wilhelmstadt“ gegründet. Sie trifft sich jeden Dienstag um 9.30 Uhr in der Adamstraße 40 und freut sich über weitere Mitstreiter! (Sollte es in Strömen regnen, wird natürlich nicht gegossen …) us

»Kunst am Bau«…

Nämlich am Wildwuchs-Neubau: Wettbewerbsgewinner steht fest

Die beiden Preisgerichte haben entschieden: Sie tagten im August, um bei zwei Kunst-am-Bau-Wettbewerben in Spandau den Siegerentwurf zu küren. Es ging dabei zum einen um die umfangreich sanierte Musikschule Spandau, zum anderen um den Sport-Jugend-Club SJC Wildwuchs in der Wilhelmstadt.

Für die Musikschule waren sieben Künstlerinnen und Künstler eingeladen, ihre Entwürfe einzureichen, gewonnen hat der Künstler Axel Anklam mit seinem Beitrag »Berliner Luft«. Auch für den Neubau des Sport-Jugend-Clubs SJC Wildwuchs waren sieben Wettbewerbsteilnehmerinnen und -teilnehmer eingeladen, ein zum »Wildwuchs« passendes Kunstwerk zu kreieren. Die Jugendfreizeiteinrichtung in der Götelstraße gibt es bekanntlich schon seit den 60ern, das Gebäude war in die Jahre gekommen und musste dringend durch einen Neubau ersetzt werden. Doch bislang machte weniger »Kunst am Bau« hier Schlagzeilen, sondern der Bau selbst, der von zahlreichen Pannen begleitet war.
Im Kunstwettbewerb für den SJC Wildwuchs setzte sich die Arbeit »Mobilis in Mobile« des Künstlers Kai Schiemenz durch. Es sieht ein Windrad vor, das eine Pumpe antreibt, die wiederum Regenwasser aus einer Zisterne auf einen natürlichen Findling pumpt. Das Wasser treibt auf dem Stein angebrachte Wasserspiele an und fließt letztendlich wieder in den Boden zurück. Dieser technisch generierte Kreislauf spiegelt die Witterung und damit das Klima wider, indem Wind und Niederschlag veranschaulicht werden.
Die beiden Siegerentwürfe und alle weiteren eingereichten Arbeiten sind noch bis 27. Dezember in einer Ausstellung im »ZAK – Zentrum-für-aktuelle-Kunst« auf der Zitadelle Spandau ausgestellt. *us*

Drei Straßen werden bald zur Baustelle

Die Pichelsdorfer, die Betcke- und die Götelstraße sollen erneuert werden

Etlichen Wilhelmstädtern stehen in den nächsten Jahren einige Veränderungen und teilweise auch Belastungen ins Haus: Denn ab dem kommenden Jahr werden wie bereits angekündigt die Pichelsdorfer Straße, die Betcke- und auch die Götelstraße umgebaut.

In der Pichelsdorfer Straße geht es dabei vor allem um die Erneuerung und qualitative Verbesserung der Seitenbereiche und damit eine Aufwertung der Geschäftsstraße. Dazu gehören auch der Umbau von Kreuzungen, Querungshilfen und die Errichtung von Haltestellen-Caps. Diese Maßnahmen sind schon seit längerer Zeit geplant und auch mit den Anwohnern entwickelt und diskutiert worden.
In der Betckestraße sollen die Fahrbahnbeläge erneuert und damit eine Lärmminderung erzielt werden, und in der Götelstraße geht es einerseits um die Zuwegung zu den dortigen Infrastruktureinrichtungen (Kitas und auch der SJC Wildwuchs) sowie um die Neugestaltung der Ostseite, die bislang nur ein Provisorium ist.
Das Problem dabei ist: Wann genau die konkreten Maßnahmen beginnen, lässt sich derzeit noch nicht sagen. Denn auch die Berliner Wasserbetriebe nehmen hier umfangreiche Arbeiten vor, und von ihnen hängt es ab, wie und wann der Bezirk mit seinen Erneuerungsmaßnahmen beginnen kann. Unvorhergesehen befindet sich beispielsweise unter der Kreuzung Betckestraße / Götelstraße ein großes Kammerbauwerk, das zunächst durch die Wasserbetriebe umgebaut und saniert werden muss. Bevor es richtig losgeht, können sich alle Interessierten zum Ablauf der Baustelle im Detail im Rahmen einer öffentlichen Informationsveranstaltung Anfang 2021 informieren.
Der Bezirk erarbeitet seinerseits derzeit ein Baustellenmanagement, um die Zumutungen für die Anwohner und Gewerbetreibenden (letztere vor allem in der Pichelsdorfer) so weit wie möglich zu mildern. Das Baustellenmanagement soll auch jederzeit für die Betroffenen die aktuellen Informationen über den Fortgang bereitstellen – beispielsweise über einen Blog auf der Website des Fördergebiets www.wilhelmstadt-bewegt.de, aber auch beispielsweise über Aushänge in Hauseingängen etc. Ansprechpartner sind dabei sowohl das Büro KoSP als Gebietsbetreuer als auch das Geschäftsstraßenmanagement (GSM) Wilhelmstadt. Auch diese Zeitung wird Sie im Rahmen der Möglichkeiten regelmäßig informieren. Sobald der konkrete Zeitpunkt des Baubeginns feststeht, wird in einer weiteren öffentlichen Informationsveranstaltung über den Zeitrahmen und den Bauablauf genauer berichtet. Der Termin der Veranstaltung wird rechtzeitig bekannt gegeben. *us*

Das fast vergessene Kapitel

Das Gefängnis Spandau wurde landläufig als »Kriegsverbrechergefängnis« berühmt. Wenig bekannt ist die Vorgeschichte der Haftanstalt.

Wer an der Wilhelmstraße 21–24 steht, dort, wo sich jetzt ein großer Discounter und ein paar Gewerbebetriebe in niedrigen Backsteinhäusern befinden, käme allein durch den Anblick nie auf die Idee, dass dies ein historischer Ort sein könnte. Das Spandauer Gefängnis, das einst hier stand, existiert nur noch im öffentlichen Gedächtnis – vor allem als »Kriegsverbrechergefängnis«.

Im November 1946 hatten die Alliierten das Gefängnis übernommen, von 1946 bis 1987 verbüßten hier sieben hochrangige Nazis ihre Haftstrafen, zu denen sie in den Nürnberger Prozessen gegen die Hauptkriegsverbrecher des Zweiten Weltkriegs verurteilt worden waren. Nach dem Tod des letzten Häftlings, Rudolf Heß, wurde der Gefängnisbau vorsorglich abgerissen – vor allem, um zu vermeiden, dass es zum Wallfahrtsort von Neonazis würde. Die kamen natürlich dennoch, um ihre Gedenkmärsche in Spandau zu absolvieren. Doch die starken Proteste nicht nur der Spandauer, sondern aus ganz Berlin (inklusive Gegendemonstrationen und Sitzblockaden) erschwerten den Rechtsextremen ihr Vorhaben zusehends, bis sie vor zwei Jahren aufgaben und sich andere Orte suchten.
Um die klare Haltung des Bezirks und vieler Spandauer zu manifestieren, engagierten sich viele dafür, die kleine dreieckige Fläche vor der Wilhelmstraße 21–24 (die eigentlich noch nicht einmal ein Platz ist) nach jemandem zu benennen, der damals den Nationalsozialisten Widerstand leistete. Die Wahl fiel auf die »Weiße Rose«, und Mitte August konnte der Erinnerungsort feierlich neu benannt werden.
Soweit das allgemein Bekannte. Doch vielleicht wäre es noch naheliegender gewesen, den Platz nach einem jener Antifaschisten und Widerständler zu benennen, die selbst im Spandauer Gefängnis inhaftiert waren. Dieser Teil der Geschichte ist fast vollständig hinter dem Nimbus des Ortes als Kriegsverbrechergefängnis zurückgetreten und aus dem öffentlichen Gedächtnis verschwunden.

Der Terror der Nazis hatte schon unmittelbar nach ihrem Machtantritt 1933 begonnen und erreichte nach dem unmittelbar darauffolgenden Reichstagsbrand am 28. Februar 1933 einen ersten Höhepunkt. Landesweit wurden vor allem Kommunisten, dann auch Sozialdemokraten sowie Sympathisanten beider Parteien aus ihren Wohnungen gezerrt und in »Schutzhaft« genommen – auf der Grundlage eines schon lange bestehenden präventiven Verhaftungsrechts der Polizei. Listen politisch missliebiger Personen hatte die SA schon vor 1933 erstellt. Allein im März und April 1933 waren schätzungsweise 100.000 Menschen von den Massenverhaftungen betroffen.
Zu den prominenten »Schutzhaft«-Gefangenen im Spandauer Gefängnis gehörten u.a. die Journalisten und Schriftsteller Egon Erwin Kisch und Ludwig Renn, Carl von Ossietzky und Kurt Hiller, Rechtsanwälte wie Hans Litten, KPD-Abgeordnete wie Ernst Torgler, Werner Scholem oder Hermann Duncker, der ehemalige Reichstagspräsident Paul Löbe oder der Schulreformer Paul Oestreich. (Werner Scholem hatte schon 1917 hier wegen »Majestätsbeleidigung« eingesessen, weil er als Infanterist an einer Antikriegsdemonstration teilgenommen hatte.)
Die lange Liste der 1933 Inhaftierten las sich, so die Historikerin Bianca Welzing, wie ein Who is who der kommunistischen und sozialdemokratischen Politiker und Intellektuellen Berlins. Egon Erwin Kisch nannte es sarkastisch »der habhaft gemachte Kulturbolschewismus«. Später schrieb der »rasende Reporter« Kisch einen Essay über diese Zeit, unter dem Titel »In den Kasematten von Spandau«. Es ist eines der wenigen schriftlich überlieferten Zeugnisse über die Schutzhaft im Spandauer Gefängnis.
Doch auch vor 1933 hatte das Gefängnis eine Geschichte.
Der Gebäudekomplex an der Wilhelmstraße war zwischen 1878 und 1898 als »Festungshaftanstalt« erbaut worden, zunächst für Militärangehörige. Nach 1918 waren dort vor allem Zivilgefangene inhaftiert: Menschen, die sich eines Vergehens oder Verbrechens schuldig gemacht hatten und von den Gerichten zu Haftstrafen verurteilt worden waren.
Es gibt nicht viele Publikationen zum Spandauer Gefängnis. Das wohl umfassendste Werk verfasste der Historiker und Kulturwissenschaftler Johannes Fülberth, der zu diesem Thema promoviert hatte. Die Publikation, die 2014 unter dem Titel »Das Gefängnis Spandau 1918–1947« im bebra-Verlag erschien, ist seine Dissertation. Im Gegensatz zu anderen wissenschaftlichen Schriften ist das Buch nicht nur hochinformativ, sondern auch für Nicht-Historiker eine interessante, gut lesbare Lektüre. Ihr Thema ist nicht nur eine einzelne Haftanstalt – vielmehr erhellt das Werk die Justiz und den staatlichen Umgang mit straffällig Gewordenen sowohl in der Weimarer Republik als auch unter den Nazis und in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Damit ist es Teil der gesellschaftlich-politischen Geschichte von der Weimarer Republik bis in die Nachkriegszeit. *us*

Johannes Fülberth: »Das Gefängnis Spandau 1918–1947 – Strafvollzug in Demokratie und Diktatur«, bebra wissenschaft Verlag 2014

Mieterstadt dank Mietendeckel

In Berlin haben staatlich festgesetzte Mietobergrenzen Tradition

CHRITOPH ECKELT

Berlin ist Mieterstadt wie kaum eine andere auf der Welt: Nur etwa jede sechste Wohnung wird bei uns von ihren Eigentümern bewohnt. Damit ist das Land Berlin Spitzenreiter: in Gesamtdeutschland ist fast die Hälfte der Wohnungen im Besitz ihrer Bewohner. Deutschland hat wiederum in der Europäischen Union die niedrigste »Wohneigentumsquote«. Es gibt also kaum eine andere Metropole auf dieser Welt, in der Mietenpolitik eine ähnliche Rolle spielt wie bei uns.

In den vergangenen 100 Jahren waren in Berlin staatlich verordnete Mietobegrenzen deshalb auch eher die Regel als die Ausnahme. Der »Mietendeckel«, der seit diesem Jahr für den größten Teil des Berliner Bestandes an Mietwohnungen gilt und der zuvor für heftige Debatten gesorgt hatte, ist für die Stadt also eigentlich nichts Besonderes.

Wohnungsbau trotz Mietendeckel

Gegen die staatliche Preisbindung für Wohnraum wird heftig polemisiert, zum Teil mit falschen Behauptungen. So heißt es beispielsweise immer wieder, die staatliche Mietpreisbindung verhindere den so dringend erforderlichen Wohnungsbau in der Hauptstadt, weil sie private Investoren abschrecke. Dabei gilt der Mietendeckel ausdrücklich nur für Wohnungen, die bereits vor dem Jahr 2014 bezugsfertig waren: Neubauten aus späteren Jahren werden von ihm gar nicht erfasst. Wer heute in Berlin ein Mietshaus bauen will, wird also vom Mietendeckel in keiner Weise eingeschränkt.

Zudem ist knapp zwei Drittel des Berliner Wohnungsbestandes in Zeiten entstanden, zu denen die Mieten staatlicherseits gedeckelt waren, also in den Jahren zwischen 1922 und 1988. Etwa 665.000 Wohnungen in der Stadt entstanden zum Beispiel in der Nachkriegszeit zwischen 1949 und 1978, als sowohl im West- als auch im Ostteil Berlins Mietbegrenzungen galten. Nach der Freigabe der Mieten und der Wiedervereinigung wurden in einem annähernd gleich langen Zeitraum nur etwa 205.000 neue Wohnungen gebaut (zwischen 1991 und dem Mikrozensus 2018). Die Behauptung, dass deregulierte Märkte mit »unsichtbarer Hand« quasi automatisch Wohnungen schaffen, ist also eine neoliberale Legende.

»Reichsmietengesetz«: Mietpreisbindung für ganz Deutschland

Eine staatlich verordnete Mietpreisbindung galt in der Weimarer Republik seit 1922, als das »Reichsmietengesetz« in Kraft trat. Darin wurden die Wohnungsmieten de facto auf den Stand der Vorkriegsmiete von 1914 eingefroren, sie durften damals nur um Zuschläge erhöht werden, die von den Landesbehörden per Verordnung festgesetzt wurden. Die maximale Miethöhe der allermeisten Wohnungen war also nicht mehr vom Kräftespiel des freien Marktes abhängig, sondern das Ergebnis von politischen Aushandlungen auf Landesebene. Das Reichsmietengesetz wurde im Verlauf der Weimarer Republik eher noch verschärft: Angesichts der Weltwirtschaftskrise wurde z.B. im Jahr 1931 die gesetzlich zulässige Miete per Notverordnung gesenkt. Und auch die Nazis dachten gar nicht daran, die Mietpreisbildung wieder den Kräften des Marktes zu überlassen. Sie verhängtem im Jahr 1936 sogar einen allgemeinen Mietpreisstopp, obwohl in dieser Zeit die Weltwirtschaftskrise längst überwunden war.

Das Reichsmietengesetz war eine Reaktion auf die Wohnungsnot, die sich nach dem ersten Weltkrieg in ganz Deutschland ausgebreitet hatte. Der Wohnungsneubau war im Krieg faktisch eingestellt worden. Nach dessen Ende strömten Millionen Soldaten zurück in ihre Heimatorte, hinzu kamen Flüchtlinge: Kurz nach Kriegsende ging man von einem Fehlbestand von reichsweit rund einer Million Wohnungen aus. In Berlin verschärften sich die Konflikte vor allem in den nördlichen, proletarisch geprägten Stadtgebieten: hier gründeten sich etliche »Mieterräte«, die zu Mietstreiks und zum Widerstand gegen Zwangsräumungen aufforderten. Diese Mieterräte polemisierten auch gegen das geplante Reichsmietengesetz, das ihnen nicht weit genug ging: Auf einer Großkundgebung im Lustgarten im Februar 1921 riefen sie zum Mieterstreik gegen das Gesetzesvorhaben auf, der allerdings nach nur einem Monat weitgehend in sich zusammenbrach.

Nach dem Krieg: Mietendeckel unumstritten

Das Reichsmietengesetz erwies sich trotz turbulenter Zeiten als sehr stabil und überstand, wie gesagt, auch den Nationalsozialismus und den Zweiten Weltkrieg. Auch in der Nachkriegszeit blieben in ganz Deutschland die Regulierungen in Kraft. Angesichts der Wohnungsnot in den zerbombten Städten und der vielen Millionen Flüchtlinge stand unmittelbar nach dem Krieg bei keiner politischen Partei eine Reform dieses Gesetzes auf der Tagesordnung. In der Zeit der Beratungen der verfassungsgebenden Versammlung der Bundesrepublik Deutschland, dem Parlamentarischen Rat in den Jahren 1948 und 1949, war die staatliche Mietpreisbindung also ein nahezu selbstverständlicher Teil der Konstitution Deutschlands. Deshalb dürfte es auch nicht so einfach sein, dem Berliner Mietendeckel grundlegende Verstöße gegen die Landesverfassung Berlins oder das Grundgesetz der Bundesrepublik nachzuweisen.

In den 1950er Jahren galten staatlich regulierte Mieten also auch in Westdeutschland. Erst in den 1960er Jahren sollte sich das ändern: Im Jahr 1960 brachte das Kabinett unter Konrad Adenauer das »Gesetz über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über ein soziales Miet- und Wohnrecht« in den Bundestag ein. Darin wurden die Mieten für bis dahin preisgebundenen Wohnraum ab dem 1. Januar 1966 grundsätzlich freigegeben.

CHRITOPH ECKELT

»Schwarzer Kreis« im Westteil bis 1988

Tatsächlich verzögerte sich dies aber oft – in manchen Städten bis in die Mitte der 1970er Jahre und im Westteil Berlins sogar bis zum Jahr 1988. Solange galt hier der »Schwarze Kreis«, in dem die Mietobergrenzen für Altbauten aus der Zeit vor 1948 vom Senat regelmäßig neu ausgehandelt und festgesetzt wurden. Das war in der Bevölkerung sehr populär, auch bei sonst eher konservativen Wählerschichten: Im Wettlauf der Systeme wollte man sich in Westberlin lange Zeit offenbar keine Blöße geben, indem man stark steigende Mieten riskierte, wie sie nach der Freigabe etwa in München oder anderen westdeutschen Großstädten zu beobachten waren. Erst am Ende der 1980er Jahre traute sich der schwarz-gelbe Westberliner Senat diesen Schritt zu. Allerdings gab es starken Widerstand in der Bevölkerung, rund 500.000 Unterschriften wurden gegen den »Weißen Kreis« gesammelt, wie die Übergangsregeln genannt wurden. Die Wahl zum Abgeordnetenhaus im Januar 1989 ging für die damaligen Regierungsparteien jedenfalls krachend verloren – CDU und FDP büßten zusammen mehr als 13% der Wählerstimmen ein. Die FDP flog aus dem Parlament, die rechtspopulistischen »Republikaner« zogen stattdessen ein. Der letzte Westberliner Senat unter Walter Momper war rot-grün.

Neoliberale Wende nach 1990

Nach der Wiedervereinigung der Stadt brachen dann aber auch in Berlin neoliberale Zeiten an: Staatlich regulierte Mieten standen jetzt für das System der DDR und ihre stark vernachlässigte Altbausubstanz. Und die rapiden Steigerungen der Mieten im gesamten Stadtgebiet konnten als unvermeidliche Begleiterscheinung einer »Normalisierung« der Verhältnisse Berlins abgetan werden. Dass es im Westteil gelungen war, mit Hilfe der »behutsamen Stadterneuerung« in relativ kurzer Zeit einen Großteil der Altbauten auch unter den Bedingungen einer staatlichen Mietpreisbindung zu sanieren, spielte in den wohnungspolitischen Debatten kaum eine Rolle.

Erst in jüngerer Zeit fanden sich in der Mieterstadt wieder politische Mehrheiten für stärkere mietenpolitische Eingriffe wie den Mietendeckel. Dazu haben natürlich die stark gestiegenen Mieten beigetragen, die seit Mitte der 2010er Jahre bei dem Neuabschluss eines Mietvertrages zu entrichten sind. Aber auch die extremen Bodenwertsteigerungen in der Stadt haben dieser Renaissance der Mietpreisregulierung den Boden bereitet: Warum soll die Stadtpolitik auch tatenlos dabei zusehen, wie große Kapitalgesellschaften, internationale Fonds und ein kleiner Teil der Bevölkerung Jahr für Jahr immense Vermögensgewinne einstreichen, die letztlich von den Wählerinnen und Wählern über die Miete finanziert werden?

Mieterstadt als Standortvorteil

Dazu kommt: Der Aufschwung, den Berlins Wirtschaft seit etwa 2010 verzeichnete, war sehr eindeutig auf »weiche« Standortfaktoren wie bezahlbare Mieten zurückzuführen. Das macht die Stadt international attraktiv für junge, gut ausgebildete Erwachsene, die hier, anders als in Metropolen wie London, Paris, New York oder San Francisco, noch Wohnraum finden, der für Familiengründungen geeignet ist. Deshalb ist Berlin ja für jene Firmen so interessant, die diese jungen Erwachsenen brauchen, um innovative Produkte zu entwickeln. Eine Mieterstadt wie Berlin bietet Vorteile, die Städte, in denen Wohneigentum dominiert, nicht haben: Man braucht kein riesiges Eigen- oder Familienkapital, um neue Hausstände gründen zu können. Man ist flexibel und kann seine Wohnsituation seinen Lebensumständen schnell anpassen. Es macht keine großen Umstände, in Berlin mal ein paar Jahre zu arbeiten – aus denen in diesem Lebensabschnitt schnell auch größere Zeiträume werden. Und man findet als Berufseinsteiger schnell ein Umfeld von Menschen mit ähnlichen Lebensentwürfen. Das beschleunigt den Aufbau von Netzwerken, die wiederum oft die eigentliche Grundlage für Innovationen darstellen und die Stadt für Unternehmensgründer so attraktiv macht: Als Mieterstadt scheint Berlin für das 21. Jahrhundert also sehr gut gerüstet zu sein! *cs*

»Es darf auch leicht sein«

Sabine Bernhardt bietet als Coach Kindern, Jugendlichen, Erwachsenen und Familien in Krisen- und Konfliktsituationen Rat und Hilfe

»Es hat mich gefunden«, sagt Sabine Bernhardt schlicht auf die Frage, wie sie diesen noch relativ neuen Beruf entdeckt hat. Sie hatte bereits viel Lebenserfahrung, in ihrer Tätigkeit bei einer Bank und durch die Erziehung ihrer drei Söhne, als sie noch einmal – eher durch Zufall – auf eine ganz neue Perspektive stieß. Inzwischen arbeitet sie nun seit ca. acht Jahren als Kinder-Jugend- und Erwachsenencoach. Dabei brachte sie schon etwas Erfahrung mit, als Mutter und auch durch ihre Fortbildung zur Sucht- und Konfliktberaterin für Kollegen.

Wer selbst Kinder hat, kennt diese Situationen, in denen man vor einem neuen Konflikt steht und erstmal etwas ratlos ist. Es gibt ja keine »Elternschule«, oft fühlt man sich ziemlich allein damit. Viele Unsicherheiten und auch Nicht-Wissen begleiten die meisten Eltern bei der Erziehung. Manche Blockaden türmen sich dann bis zur völligen Verhärtung auf. Vorwürfe, permanentes Bitten oder Schimpfen sind fruchtlos, am Ende sind Eltern hilf- und ratlos, ihre Kinder wütend, verzweifelt und verschlossen. Dabei würde oft schon etwas professionelle Hilfe von außen helfen – und die bietet Sabine Reinhardt: als professioneller Coach für Kinder, Jugendliche, Erwachsene und Familien, aber auch z.B. für Schulklassen.
Zwar kennt man das Berufsbildes eines Coachs schon länger, inzwischen kann man sich als Erwachsener bei allem möglichen coachen (also beratend begleiten) lassen. Doch für Kinder und Familien gab es das bis vor einigen Jahren nicht. Insofern ist Sabine Bernhardts Zweitberuf generell ein relativ neues Feld. Sie selbst absolvierte eine umfassende, zertifizierte Ausbildung beim Institut für Potenzialentwicklung.
Kann sich ein Kind beispielsweise nur schwer konzentrieren, verweigert es plötzlich die Schule, wird ungewöhnlich still oder aggressiv oder hibbelig, wird das meist als Aufgabe der Eltern und Lehrer oder – falls überhaupt vorhanden – Schulsozialarbeiter deklariert. Oder es werden gleich die ganz schweren Geschütze aufgefahren: Ritalin vom Kinderarzt oder die Empfehlung, einen Psychologen zu konsultieren.

Doch zwischen dem Alltagsproblem und dem Gang zum Psychologen klafft eine große Lücke. Denn oft haben festgefahrene Konflikte, innere Blockaden oder schulische Problem verblüffend einfache Ursachen, die sich mit etwas Geduld und Zuwendung lösen lassen. »Es darf auch leicht sein«, nennt Sabine Bernhardt das. Heißt: Man muss nicht gleich mit Kanonen auf Spatzen schießen. »Das, was ich – und andere Coaches auch – machen, ist ja kein Hexenwerk. Es geht darum, Stärken zu stärken, Blockaden behutsam zu lösen und Motivationen zu fördern. Das Ziel ist es, Kindern und Eltern Werkzeuge aufzuzeigen und an die Hand zu geben, um sich selbst besser helfen zu können und schwierige Situationen zu bewältigen.

Wer Sabine Bernhardt in ihrem kleinen Praxisraum in der Wilhelmstraße gegenübersitzt, erlebt eine Frau, die Sicherheit, Ruhe, Einfühlungsvermögen und Zugewandtheit ausstrahlt. Die anderen das Gefühl vermittelt, dass es für jedes Problem auch eine Lösung gibt. Man kann sich gut vorstellen, dass sich Kinder und Jugendliche mit ihren Problemen hier angenommen fühlen und Vertrauen fassen.
Die Basis eines Coaches ist es, zwischen allen Beteiligten die neutrale Position einzunehmen. Er ist nicht selbst in die Konflikte involviert und damit viel eher in der Lage, ein Problem unbefangen und mit Abstand zu betrachten. »Normalerweise ist die Abfolge so: Am Anfang steht die Erkenntnis: Wir brauchen Hilfe. Dann kommen sie zu mir – inzwischen spricht sich mein Angebot auch mehr und mehr herum. Zuerst widmet man sich dem Kind. Dann, falls notwendig, beschäftigt man sich auch mit der Familie bzw. dem weiteren sozialen Umfeld.«
Was ihr derzeit besondere Freude bereitet, ist das »Heldentraining«. Dabei handelt es sich um ein Konzentrationsprogramm mit kleinen Gruppen von zwei bis vier Kindern. Gemeinsam werden Spiele und Übungen gemacht, die die Konzentrationsfähigkeit fördern.
»Das macht den Kindern richtig Spaß, die sind ganz begeistert dabei«, berichtet Sabine Bernhardt. Dass die Kinder so gern kommen, liegt wohl auch daran, dass sie hier ungeteilte Aufmerksamkeit und Zuwendung genießen und sich jemand aktiv nur mit ihnen beschäftigt.
Ein weiterer Schwerpunkt ihrer Arbeit ist der Bereich der Reflexintegration. Ob Hyperaktivität, Lese- und Rechtschreibschwächen, fehlende Impulskontrolle und -beherrschung oder motorische Schwächen – solche Defizite verleiten oft allzu schnell zu Diagnosen wie ADHS, ADS oder LRS und entsprechenden medikamentösen Behandlungen. Dabei geht es meist auch ohne Pillen. Die Ursachen solcher Störungen können nämlich auch Entwicklungsverzögerungen durch Störungen bei der frühkindlichen Reflexbildung sein. Mit einem Bewegungsprogramm und speziellen Übungen können kindliche Entwicklungsverzögerungen auch aufgeholt werden.
In ihrer Arbeit findet Sabine Bernhardt Erfüllung und viele schöne Momente. »So etwas hätte es schon viel früher geben müssen«, sagt sie. *us*

Sabine Bernhardt, Coaching-Praxis:
Wilhelmstr. 23, 13593 Berlin, Tel. 0152-59303407
Mail: info@sabinebernhardt.de
www.sabinebernhardt.de

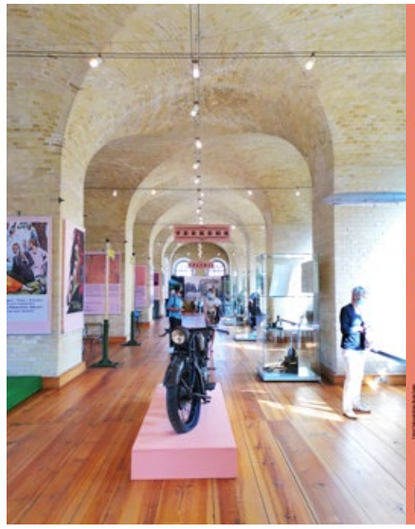
Fachwerk aus dem 19. Jahrhundert

Auch die Wilhelmstr. 161 ist ein Rayon-Bau aus der Zeit der Festung Spandau

Nicht nur die »Traube« in der Pichelsdorfer Straße verweist in der Wilhelmstadt auf die Zeit der »Festung Spandau«. Auch andere Häuser sind unter den preußischen Rayonbestimmungen entstanden, als vor den Bastionen rund um die Altstadt freies Schussfeld herrschen musste.

Zum Beispiel die Wilhelmstraße 161. Diese liegt gegenüber des OBI-Marktes am nördlichen spitzen Ende des Dreiecks aus Wilhelm-, Pichelsdorfer und Metzer Straße. Der dreigeschossige Altbau überragt zwar die Backsteinvilla auf dem Nachbargrundstück geringfügig, ist ansonsten aber auffällig niedriger als die übliche Bebauung in diesem Teil der Wilhelmstadt. Auch an den Fenstern erkennen Fachleute, dass das Haus älter und anders konstruiert ist: Sie schließen direkt an die Außenfassade an, es gibt also keine äußeren Fensterbänke. Das Gewicht des Hauses ruht auf hölzernen Balken, deren Zwischenräume nur aufgefüllt sind. Das ist das Bauprinzip eines Fachwerkhauses aus dem Mittelalter.
So alt ist die Wilhelmstraße 161 aber ganz gewiss nicht. Im Inneren des Hauses kann man an einem Holzbalken eine Jahreszahl erkennen: 1807. In diesem Jahr war Berlin von den Truppen Napoleons Bonapartes besetzt. Am 14. Oktober 1806 hatten sie in den Schlachten von Jena und Auerstedt die preußische Armee besiegt und waren anschließend bis nach Berlin vorgerückt. Dabei belagerten sie auch die »Festung Spandau«, aus der die preußischen Truppen schließlich kampflos abrückten. Nach den preußischen Rayonbestimmungen hätten vor so einer Belagerung sämtliche Bauwerke in einem gewissen Umkreis (französisch: »Rayon«) der Festungsanlagen abgetragen – im Notfall auch abgebrannt – werden müssen, um den Kanonenschüssen der Garnison nicht im Weg zu stehen. Die nächstgelegenen Festungsanlagen befanden sich etwa auf der Höhe der jetzigen Bahngleise südlich des Rathauses Spandau und westlich der Havel an der Ruhlebener Straße kurz hinter der Dischingerbrücke.
Nun ist die Jahreszahl auf dem Balken allerdings noch kein Beweis dafür, dass das Haus tatsächlich im Jahr 1807 errichtet wurde. Denn die Strebe kann ja auch von einem anderen Gebäude stammen, das später wieder abgerissen wurde, dessen Balken aber wiederverwendet wurden (die gute Recyclingfähigkeit von Holz gilt ja auch heute wieder als Argument für dieses Baumaterial). So eine Gelegenheit ergab sich zum Beispiel im Frühjahr 1813, als die Zitadelle Spandau erneut belagert wurde – diesmal von russischen und preußischen Truppen. Auf einer Karte aus dem Jahr 1812 (»Situations Plan von der Stadt und Festung Spandow nebst dessen Vorstädten und dem Verschanzten Lager«) ist jedenfalls im Umfeld der jetzigen Wilhelmstraße 161 keine Bebauung erkennbar. Aber auch auf einer späteren Karte von 1857 sucht man hier vergeblich nach einem Gebäude.

Es ist also auch gut möglich, dass das Haus erst wesentlich später im 19. Jahrhundert entstand. Die Rayonbestimmungen galten noch das ganze Jahrhundert hindurch und wurden erst im Jahr 1903 aufgehoben: erst danach konnte die Wilhelmstadt großflächig bebaut werden. Der bekannteste Rayon-Bau der Wilhelmstadt, die auch nach außen hin als Fachwerkbau erkennbare »Traube« in der Pichelsdorfer Straße 89/91, stammt beispielsweise aus dem Jahr 1870. Aus der Gründerzeit also, in der in Berlin sehr viele Häuser entstanden. Dennoch wurde die »Traube« erst vor zwei Jahren vom Landesdenkmalamt unter Denkmalschutz gestellt, nachdem der Eigentümer den Abriss beantragt hatte (gegen den u.a. die Stadtteilvertretung entschieden protestierte). Besonders wertvoll in künstlerischer Hinsicht ist das Gebäude dabei nicht. Es ermöglicht uns aber einen Blick in die Vergangenheit und ein besseres Verständnis für die besondere Entwicklung Spandaus – und darin vor allem liegt ihr Denkmalwert.
Einen Abrissantrag muss man bei der Wilhelmstraße 161 nicht befürchten. Der Eigentümer des gewerblich genutzten Hauses hat von sich aus den Kontakt zu den Behörden gesucht, um seine Sanierungsstrategie abzustimmen. Im Bezirk sucht man derweil nach Fördermöglichkeiten, um zum Beispiel den Mehraufwand für eine historische Dachdeckung ausgleichen zu können. Auch der Gebietsfonds des Aktiven Zentrums ist dabei im Gespräch. Unter Denkmalschutz steht die Wilhelmstraße 161 dabei noch nicht. Die Denkmalbehörde überprüft derzeit jedoch mehrere Gebäude in Spandau, die unter den Rayonbestimmungen entstanden sind. Dabei sind die Aussichten der Wilhelmstraße 161 sicherlich nicht schlecht. *cs*



Von Spandau, Berlin und Spree

In der Zitadelle sind gleich mehrere hochinteressante Ausstellungen zu sehen – es lohnt sich, viel Zeit einzuplanen

Ausstellung »Jein Danke! Spandau und die Gründung von Groß-Berlin 1920«
© Stadtgeschichtliches Museum Spandau, Zitadelle 2020

1. »Jein danke! – Spandau und die Gründung von Groß-Berlin«

»Mög schützen uns des Kaisers Hand vor Groß-Berlin und Zweckverband!« So dramatisch deklamierte der damalige Stadtrat Erwin Müller, ein Maurermeister, anlässlich der Grundsteinlegung des Rathausbaus 1911. Und gab damit durchaus die Stimmung vieler Spandauer Bürger wieder, die ja besonders stolz darauf waren, dass ihre Stadt älter war als die Wiege Berlins. Viel Wert wurde auf die Spandauer Unabhängigkeit gelegt, und viel eher sah man sich als Hauptstadt des Havelladens denn als Teil Berlins. Noch heute ist der Spandauer Lokalpatriotismus sehr ausgeprägt; und immer noch meinen die Spandauer, wenn sie ankündigen, »ins Zentrum« zu fahren, nicht etwa die Berliner Innenstadt, sondern die Spandauer Altstadt.
Damals gab es vor 1920 Ressentiments gegen den Groß-Berliner Verbund, und auch nach 1920 hielten sie an. Sogar noch bis 1987: Da schrieb anlässlich des 750-jährigen Jubiläums Spandaus ein Anonymus an den Bezirksbürgermeister: »Nach 67 Jahren Fremdherrschaft möchte ich, dass Spandau wieder eine selbständige Stadt mit all ihren zustehenden Rechten wird – und verzeihen werde ich nie!«
Solche überlieferten Zitate findet man derzeit in der Ausstellung »Jein!«, die die Großstadtwerdung 1920 aus der Spandauer Perspektive thematisiert. Sie ist Teil des Kooperationsprojekts »Großes B – dreizehnmal Stadt«, mit dem das Stadtmuseum Berlin die zwölf Berliner Bezirksmuseen eingeladen hat, sich mit je einem dezentralen Ausstellungsprojekt zu beteiligen. Die zentrale Sonderausstellung des Projekts ist derzeit im Märkischen Museum unter dem Titel »Chaos & Aufbruch« zu sehen.
Dabei zeigen sowohl die Zentral- als auch die Spandauer Ausstellung, dass die Stimmung damals keineswegs eindeutig Contra war, vielmehr lieferten sich die Gegner des Groß-Berlin-Projekts heiße Debatten mit dessen Befürwortern. Der Riss verlief dabei aber nicht zwischen Innen- und Außenbezirken, sondern zwischen Oben und Unten: Während die Arbeiterschaft (auch in Spandau) viele Hoffnungen in eine Großgemeinde setzte, fürchteten die wohlhabenden Bürger in ihren Villenvierteln Veränderungen und den Verlust ihrer Pfründe. Diese Spaltung beschrieb im April 1920 auch das damals linksliberale »Spandauer Volksblatt« mit den Worten: »(…) bewahrte sich der Geldsack wenigstens in den westlichen Vororten noch seinen Einfluß. Durch die Bildung einer Einheitsgemeinde soll der ungerechten Lastenverteilung im Berliner Wirtschaftsgebiet ein Ende gemacht werden.«
Die damalige Situation war auch in Spandau düster. Kriegsbedingte Zuwanderung und Arbeitslosigkeit, Versorgungsengpässe, Wohnungsnot (obwohl der Bezirk um 1920 noch eher dünn besiedelt war) und miserable Bedingungen in den Mietskasernen waren auch hier drängende Probleme. Spandau brauchte Berlin und umgekehrt. Die Großgemeinde bot die Chance, viele Probleme zentraler anzugehen, ein gesamtstädtisches Verkehrsnetz und einheitliche Versorgungssysteme zu schaffen, große Flächen für Industriebetriebe zu nutzen, ein finanzielles Ausgleichssystem aufzubauen und den sozialen Wohnungsbau zu fördern.
Es ist erstaunlich, wie viele Informationen zur Spandauer Geschichte diese Ausstellung auf so kleinem Raum bietet (sie beansprucht eine einzige Etage im Zeughaus der Zitadelle), und das auf so anschauliche und lebendige Weise.
Unterteilt ist die Ausstellung in mehrere Themenkapitel wie »Arbeit«, Verkehr«, »Freizeit« und »Wohnen«. Geschildert werden aber auch individuelle Lebensgeschichten, etwa die von Frieda Kaiser oder die Biographie von Gustav Simonsohn, 1894 in Spandau geboren, Kaufmann, dann LKW-Fahrer und leidenschaftlicher Motorrad-Fan, gestorben in Buchenwald, sein letzter Brief ist auf 1941 datiert.
Nach 1920 währte der Nachkriegsaufschwung nur kurz: Bereits 1923 machte die Wirtschaftskrise samt Hyperinflation erste Fortschritte zunichte. Das Arbeitslosenheer wuchs, ebenso wie die existentielle Not vieler. Auf dem Höhepunkt der Inflation wurden die mageren Löhne schon in Schubkarren befördert, täglich wurden die neuen Preise bekanntgegeben: am 3.12.1923 waren das 100 Goldpfennige für 4 Pfund Brot, ein Liter Milch kostete 360 Milliarden Reichsmark, ein einfaches Straßenbahnticket 150 Milliarden. Aus Geldscheinen wurden Dartscheiben gebastelt oder Zigaretten angesteckt.
Nach der Inflation aber setzte ab 1924 ein Aufschwung ein. In Sachen Wohnungsbau profitierte Spandau mit seinen großen Baulandreserven deutlich von der neuen sozialen Baupolitik: Damals entstanden im Bezirk über 13.000 moderne Sozialwohnungen, oft in Siedlungen. Auch die Wirtschaft kam in Schwung. Stolz war Spandau beispielsweise auf die Schultheiss-Patzenhofer-Brauerei als damals weltweit größter Lagerbierproduzent. Die früheren Heereswerkstätten hießen nun Deutsche Reichswerke AG, danach Deutsche Industriewerke AG und stellten von militärischen Produkten auf zivile um. Siemens, ARG und Produktionsstätten der Osram-Werke machten Spandau zu einem Zentrum der Elektroindustrie. Siemens bediente auch die Nachfrage nach den neuen elektrischen Haushaltsgeräten: Kühlschränke, Bügeleisen, sogar Saugapparate. Und natürlich boomten die Motorräder, die damals »D-Rad« hießen.
Zu sehen sind aber auch sehr skurrile Exponate: etwa das Bild eines futuristisch anmutenden »Schienenzeppelins«, der sich leider als ungeeignet für den regulären Betrieb erwies, oder ein Kommentar zu einem eher bizarren Straußenrennen auf der Rudower Trabrennbahn: »Die Tiere machten, was sie wollten, liefen rückwärts, auch zickzack …«
Und was wäre Spandau ohne seine Ausflugsziele am Wasser, die in den 20ern hoch frequentiert wurden – nach den Entbehrungen des Krieges war das Bedürfnis nach Freizeitvergnügen hoch: Ausflugsdampfer, Kaffee-Gärten, Gaststätten, Vergnügungslokale mit Theater und Musik, Kinos erfreuten sich großer Beliebtheit. Daneben widmete sich die zeitgenössische Lebensreform- und Gesundheitsbewegung dem Kampf gegen städtische Zivilisationskrankheiten. Das Thema Natur und Grün als Erholungsfaktor rückte in diesem Zusammenhang stärker ins Blickfeld, und so gelang es den Spandauern in den 1920ern auch, ihren Spandauer Forst gegen etwaige andere Siedlungsgelüste zu schützen und ihn nachhaltig als große städtische Naturlandschaft zu sichern.
Mit dem Jahr 1929 fand der Aufschwung der »Weimarer Republik« ein jähes Ende: Die von den USA ausgehende Weltwirtschaftskrise verschonte auch Berlin nicht, die soziale Lage verschlechterte sich dramatisch. Die Spannungen nahmen auch politisch zu, die NS-Bewegung wuchs, bald lieferten sich Nazis und Kommunisten erbitterte Straßenschlachten. Die NSDAP fand offenbar in Spandau besonders fruchtbaren Boden: Bei den Wahlen 1933 stimmten im Bezirk 44,5% für die Nationalsozialisten unter Hitler, über sechs Prozent mehr als der Gesamtberliner durchschnitt (38,2%.)
Den Abschluss der Ausstellung bilden jedoch Zukunftsvisionen: Wie wünschen sich insbesondere junge Spandauer die Zukunft, welche Vorstellungen und Visionen haben sie? Dabei sind eigene Beiträge sehr erwünscht!
Zu sehen ist die Ausstellung noch bis 15. Mai 2021.

Last but not least: Begleitet wird das berlinweite Kooperationsprojekt »Großes B – dreizehnmal Stadt« von einem umfangreichen Programm und dem Online-Portal 1000x.berlin mit Fotografien und Biografien aus einhundert Jahren Groß-Berlin.

2. »Spree-Cuts«

Was wäre Berlin ohne die Spree? Anlässlich des 100. Jahrestags von Groß-Berlin setzt ihr der Fotograf Götz Lemberg an drei markanten Orten ein Denkmal. Gezeigt wird der Fluss in seiner gesamten Länge auf dem Weg durch die Hauptstadt. Götz Lemberg fängt die Spree alle 333 Meter mit einem dreiteiligen »Cut« ein. Hier wählt er unterschiedliche Perspektiven: auf Höhe der Wasseroberfläche und von der Flussmitte aus werden beide Ufer dargestellt. So entsteht der Eindruck eines Panoramas des 43 Kilometer langen Spreeverlaufs von ihrem Eintritt nach Berlin im Dämeritzsee bis zur Mündung in die Havel. Die komprimierte Reise wird zu einer Fahrt vorbei an Fabriken und Villen, Häfen und Monumenten, Brachen und Idyllen, durch Landschaft und Geschichte, durch Zeit und Raum.
Zu sehen sind die »Spree-Cuts« mit drei unterschiedlichen Flussabschnitten an drei Orten: Als Open-Air-Ausstellung auf dem Zitadellenhof in Spandau, außerdem in der Galerie Nord in Moabit und in der Alten Feuerwache (Friedrichshain-Kreuzberg).
Zu sehen bis 27.12.

3. »UNVERGESSEN – Jüdisches Leben in Spandau«

Diese Ausstellung ist noch bis 13.12.2020 ist im 2. Obergeschoss des »ZAK – Zentrum für Aktuelle Kunst« in der Zitadelle zu sehen. Sie verbindet mehrere Projekte der Jugendgeschichtswerkstatt Spandau, die alle gemeinsam mit Spandauer Jugendlichen entstanden sind: Erstmalig werden hier die Ausstellungen »Das Hannes-Projekt«, »Die jüdische Familie Stein«, »UNVERGESSEN – Die Pogromnacht in Spandau vor 80 Jahren« und »Wir waren Nachbarn« des Evangelischen Kirchenkreises Spandau sowie weitere Materialien aus dem Archiv der Jugendgeschichtswerkstatt zu einer großen Ausstellung zusammengeführt. Sie erinnert daran, was während des Nationalsozialismus auch in Spandau geschah: Ausgrenzung, Entrechtung, Raub, Vertreibung und Flucht, Zwangsarbeit, Deportation und Ermordung. Die Jugendlichen haben die Biografien vieler jüdiscwher Spandauerinnen und Spandauer recherchiert und zeichnen deren Lebenswege nach. Die Texttafeln werden ergänzt durch Fotos und Dokumente, Modelle, Grafiken und Videointerviews.
Gleichzeitig erschienen ist die Dokumentation des Projekts und der Ausstellung von 2018 »UNVERGESSEN – Die Pogromnacht in Spandau vor 80 Jahren«. Das umfangreiche Buch ist zum Preis von 12 Euro im Buchshop auf der Zitadelle, in der Dorotheenstädtischen Buchhandlung in der Carl-Schurz-Straße sowie in der Jugendgeschichtswerkstatt erhältlich. us

O-Ton Wilhelmstadt

Dreisatz

Dinos und Clowns am Bau

Die Dinosaurier gehen, der Clown kommt: Nach der Wanderausstellung »Dinosaurier – im Reich der Urzeit«, die im September auf der Postbrache an der Klosterstraße Station machte, hat nun der Circus Berolina den ganzen Oktober über hier seine Zelte aufgeschlagen. Hat Spandau nun seinen ganz eigenen »zentralen Festplatz« gefunden? Zumindest ist die Postbrache derzeit das vielleicht bunteste Fleckchen und ein echtes Kinderparadies in der Wilhelmstadt … Soweit das jedenfalls die coronabedingten Vorschriften erlauben und bis zum nächsten Jahr, wenn es hier mit den Bauarbeiten weitergehen soll.

Dom mit Einblicken

Der neue »Metzer Dom«, die öffentliche Toilette auf dem Metzer Platz, hatte ja bekanntlich einen kleinen Konstruktionsfehler – Geburtsfehler könnte man es auch nennen, denn die gesamte Bauserie war wohl nicht bis zu Ende durchdacht. Die Abschirmung des Pissoirs jedenfalls fiel, nun ja, etwas lückenhaft aus, so dass die am Metzer Platz aus dem Bus Steigenden oder auch die Gäste des kroatischen Restaurants unfreiwillig »teilnehmende Beobachtungen« anstellen konnten (eine Methode der Feldforschung in den Sozialwissenschaften). Wer das nicht mochte, konnte ja weggucken …
Am Weddinger Leopoldplatz half man diesem Problem schlicht mit ein paar nachträglich vorgehängten Holzplatten ab. Etwas neidvoll blickt man nach Japan. Dort wurde kürzlich eine sehr elegante Lösung für das nützliche Stadtmöbel präsentiert: eine öffentliche Toilette mit transparenten Wänden, die bei Benutzung undurchsichtig werden … *us*

Saubermachen im Kiez

Im September war der große Herbstputz fällig: Unter dem Motto »Saubere Spielplätze braucht die Stadt!« riefen das Bezirksamt Spandau und die Spandau Arcaden anlässlich des »World Cleanup Day« zum Großreinemachen insbesondere auf den Spielplätzen auf. Gemeinsam mit dem Bezirksamt befreiten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Spandau Arcaden am 18. September öffentliche Spielplätze von Müll und Unrat. Los ging es auf dem Streetballfeld am Altstädter Ring: Mit Masken, Handschuhen, Müllgreifern ging es zu mehreren Spielplätzen im Münsinger Park und Georg-Ramin-Grünzug bis hin zu den Spektewiesen. Das Ziel: in zwei Stunden möglichst viel Müll aus Büschen, Hecken und Sandkisten zu sammeln und fachgerecht zu entsorgen.
»Der Spielplatz ist in Coronazeiten einer der wenigen Orte, an dem Kinder im Kiez unbeschwert spielen können«, merkte der Centermanager der Spandau Arcaden Volker Ahlefeld. an »Wir wollen helfen, diese Orte schöner zu machen, und andere inspirieren, das Gleiche zu tun.«
Einen Tag später, am 19. September (dem eigentlichen Datum des »World Cleanup Day«) war das Wasser dran, den auch in und auf der Havel schwimmt ziemlich viel Müll, nicht viel anders sieht es an etlichen Uferbereichen aus. In der Havel treibender Plastikmüll ist aber nicht nur ein unschöner Anblick, er gefährdet auch Fische, Seevögel und die Wasserqualität. Welches Ausmaß Müll in der Havel annimmt, zeigte unter anderem eine Aktion von DLRG-Tauchern vor zwei Jahren, die an nur einem Tag mehrere hundert Kilo Müll aus der Havel bei Potsdam holten.
Deshalb rief die KlimaWerkstatt Spandau nun Wassersport-, Tauch-, Ruder- und Segelvereine sowie engagierte Spandauerinnen und Spandauer auf, gemeinsam in die Boote zu steigen, um Plastikmüll & Co aus dem Stößensee zu fischen. Es war bereits die 3. Clean-Up-Aktion des KlimaWerkstatt-Projekts »Mach mal schön, Spandau«.
Treffpunkt war beim Kooperationspartner »Berlin Piratas«, 20 Kajaks standen zur Verfügung. Wer teilnehmen wollte, konnte außerdem vor Ort weitere Boote anmieten oder mit einer Gruppe vom Ufer aus Müll sammeln. Handschuhe, Kescher, Greifzangen und Müllbeutel wurden vom Projekt »Mach mal schön, Spandau!« bereitgestellt. Die kuriosesten Funde aus der Havel sollen anschließend als »Müll-Foto-Galerie« dokumentiert werden. *us*

TANJA SCHNITZLER

TANJA SCHNITZLER

Adressen

Prozesssteuerung und Sanierungsbeauftragter
Koordinationsbüro für Stadtentwicklung und Projektmanagement (KoSP)
Schwedter Straße 34A, 10435 Berlin
www.kosp-berlin.de
Andreas Wilke, Tel. 030 - 330028 – 36
wilke@kosp-berlin.de
Linda Tennert, Tel. 030 - 330028 – 31
tennert@kosp-berlin.de
Sprechstunde: Fr. 9–14 Uhr, Stadtteilladen

Geschäftsstraßenmanagement
Ulrike Stock / Torsten Wiemken,
Tel. 030 - 30 12 46 97 bzw. 0178 - 352 38 01
gsm@wilhelmstadt-bewegt.de
Öffnungszeiten Büro Adamstraße 39 (Stadtteilladen) Di und Mi 10–13 Uhr
die raumplaner / LOKATION:S
Kaiser-Friedrich-Straße 90, 10585 Berlin
www.die-raumplaner.de

Stadtteilvertretung Wilhelmstadt
Sprecher: Michael Henkel, Markus Ritter, Emilio Paolini
Öffentliche Sitzung:
jeder 1. Mittwoch im Monat, 19 Uhr
Stadtteilladen Adamstraße 39
www.stv-wilhelmstadt.de

Bezirksstadtrat für Bauen, Planen und Gesundheit
Frank Bewig
Bezirksamt Spandau von Berlin
Carl-Schurz-Straße 2/6, 13597 Berlin
Tel. 030 - 90 279 - 22 61
frank.bewig@ba-spandau.berlin.de

Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung
Carl-Schurz-Straße 2/6, 13597 Berlin
Sprechzeiten: dienstags und freitags 9–12 Uhr und nach telefonischer Vereinbarung

Amtsleiter:
Markus Schulte, Tel. 030 - 90 279 - 35 72
markus.schulte@ba-spandau.berlin.de

Gruppenleitung Städtebauförderung:
Nadine Deiwick, Tel. 030 - 90279 - 2526
nadine.deiwick@ba-spandau.berlin.de

Förderprogramm »Aktive Zentren Berlin«:
Jörg Rinke, Tel. 030 - 90 279 - 3568
joerg.rinke@ba-spandau.berlin.de
Katharina Lange, Tel. 030 - 90 279 - 2280
katharina.lange@ba-spandau.berlin.de

Sanierungsverfahren Spandau-Wilhelmstadt:
Kerstin Schröder, Tel. 030 - 90 279 - 35 73
kerstin.schroeder@ba-spandau.berlin.de

Beratung im Stadtteilladen Adamstr. 39

Kontakt: Margit Beutler, Stadtteilkoordination Wilhelmstadt, Tel.: 0176-44 47 08 18

Allgemeine Unabhängige Sozialberatung
Immanuel Beratung, A. Mechsner
Tel. 030 331 30 21
beratung.spandau@immanuel.de
Mo und Di 9–11 Uhr

Beratung bei Konflikten (Schiedsmann) und Schwerbehindertenrecht
Schiedsmann D. Zacher
Tel. 030 - 80920342
schiedsmann-spandau@web.de
Mo 16–18 Uhr

Kostenlose Mieterberatung
Alternativer Mieter- und Verbraucherschutzbund, M. Eupen
info@mieter-verbraucherschutz.berlin
Do 8—11 Uhr

Demenzlotsen-Sprechstunde – Beratung von Betroffenen und ihrer Angehörigen
Z. Aydogan, A. Teschke
demenzlotsen-spandau@casa-ev.de
Tel. 030 - 353 89 566
2. und 4. Freitag im Monat 10–12 Uhr

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat
STÄDTEBAU-FÖRDERUNG
aktive zentren Berlin
WILHELMSTADT bewegt
Spandau
be Berlin

Wohnanlage Betcke, Wörtherstraße, 1919–2020

8 Städte, 59 Landgemeinden, 27 Gutsbezirke = 1 großes B

Spandau und Groß-Berlin
Teil III

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ec. verordnen mit Zustimmung beider Häuser des Landtages der Monarchie, was folgt: §1 Die Stadtkreise Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Rixdorf, Deutsch Wilmersdorf, Lichtenberg und Spandau sowie die Landkreise Teltow und Niederbarnim werden zu einem Zweckverband vereinigt …
(an Bord von SMY »Hohenzollern«, 19. Juli 1911)

Damit fing der Verlust der Eigenständigkeit Spandaus an, die, gut acht Jahre und eine Revolution später, laut dem letzten Spandauer Oberbürgermeister Dr. Kurt Woelck »nur im Unglück für die Stadt« enden könne. An dieser Stelle wurde bereits von den Bewegungen, Konzepten und Persönlichkeiten erzählt, die schon zu Kaisers Zeiten den Weg zum Zweckverband und einer abgestimmten Entwicklung im Großraum Berlin ebneten, was jedoch mit dem 1. Weltkrieg ins Stocken kam.

Nun, 1919, waren es die gewählten Abgeordneten der verfassungsgebenden Landesversammlung Preußens, die das Gesetz über die Einheitsgemeinde Groß-Berlin ausarbeiten und im Plenum darüber entscheiden sollten. Das Pro oder Contra zu Groß-Berlin spiegelte sich 1:1 in den beiden Spandauer Tageszeitungen jener Jahre wider: der national-konservativen Spandauer Zeitung, die wie die Deutschnationale Volkspartei die »neue Zeit« kritisch sah, und dem linksliberalen Spandauer Volksblatt, das wie SPD und USPD sowie Teile der Demokratischen Partei für ein Spandau in Berlin eintrat.

Doch als Aufmacher diente das Thema nie, die Überschriften zu den Artikeln darüber waren kaum größer als die brennend wichtigen Meldungen über Brot-, Gemüse-, Fisch- oder Fleischrationen, die es auf die Lebensmittelkarten Groß-Berlins gab.

Mit der Geburt von Heinz Meissner, Sohn eines Schlossers aus der Seeburger Straße 22, war Spandau als letzte der oben genannten Stadtgemeinden am 1. Dezember 1913 zur Großstadt mit über 100.000 Einwohnern geworden. Für den kleinen Heinz gab es ein mit 300 Mark gefülltes Sparkassenbuch als Ehrengeschenk. Nach der Volkszählung vom 8. Oktober 1919 und den dort festgestellten 95.373 »Spandauer Seelen« war aber schon wieder Schluss mit dem Großstadtstatus. Vergeblich wurde in dem Bericht des Einwohneramtes versucht, mit den Zahlen »Politik zu machen« gegen die Groß-Berlin-Pläne: Obwohl 28–40% der Zu- und Abwanderungen ein Austausch mit dem westlich gelegenen Berliner Raum war und nur rund 8% mit Osthavelland, wurden die Fort- und Zuzüge in Relation zu den jeweiligen Einwohnerzahlen gesetzt, dass man meinen konnte, das zahlenmäßig kleine Osthavelland wäre die wichtigste Bezugsregion Spandaus.

Der Einfluss und die Strahlkraft Spandaus endete um die Jahrhundertwende Richtung Osten gleich hinter Stresow und Haselhorst. Ruhleben klebte ja fast am Charlottenburger Westend und hinter dem Sternfeld begann die Öde mit Heide und feuchten Wiesen am Nonnendamm. Viel Platz für Großes – aber nur im Orchester mit Berlin und Charlottenburg.

1899 waren die Werke von Siemens & Halske weit verstreut in und um Berlin, ohne Raum für Expansion. Für kleines Geld erstand der große Konzern das unerschlossene Brachland, wohin peu à peu die Charlottenburger Werke umsiedelten. Bis 1913 entstanden etliche große Werkshallen, Maschinenhäuser und Backsteinbauten mit endlos langen Fronten für vorerst 20.000 Arbeitsplätze.

Mit Hilfe der Märkischen Bodengesellschaft und der Charlottenburger Baugenossenschaft ging es dann auch schnell voran mit dem Wohnungsbau, ehe die konzerneigene Siedlungsgesellschaft Siemensstadt auf den Plan trat.

Gebaut wurde aber überall in Spandau, denn die Wohnungsnot war groß in den Zeiten von Revolution und Konterrevolution (wie dem Kapp-Putsch von 1920, der am Generalstreik scheiterte).

1919 wurden knapp 600 Behelfs- und Notwohnungen in Baracken sowie 211 Dauerwohnungen in ein- bis mehrgeschossigen Neubauten errichtet – alle, wie auch die 1919/20 von Baurat Karl Elkart entworfene Wohnanlage an der Betcke-/Ecke Wörther Straße, mithilfe von Bauzuschüssen aus dem Fonds des Wohnungsverbandes Groß-Berlin.

Nicht nur Unternehmen wie Siemens waren dem »großen B« zugetan, auch in den Landgemeinden ging die Tendenz immer mehr Richtung Pro-Berlin. Allen voran Staaken, das 1919 ausdrücklich beantragt hatte, ein Teil Groß-Berlins zu werden.

Nach 5 Monaten, 18 Gesetzentwürfen, 150 Anträgen und ebenso vielen Eingaben konnte der Ausschuss für das Groß-Berlin-Gesetz eine 304 Seiten starke Drucksache abgeben und mit 11 zu 5 Stimmen bei 4 Enthaltungen der verfassungsgebenden Landesversammlung die Verabschiedung des Gesetzes empfehlen. Am 27.4.1920 wurde mit knapper Mehrheit (164:148) der Zusammenschluss zu Groß-Berlin beschlossen, der am 1. Oktober 1920 in Kraft trat.

So hat die Republik am Ende die Träume des Monarchisten Bismarck realisiert. Berlin war nun mit fast 3,9 Mio. Einwohnern nach New York und London die drittgrößte Stadt der Welt.

Und Spandau? Dank der Eingemeindungen von Kladow, Gatow, Pichelsdorf und Staaken wurde es über Nacht wieder Großstadt – und zum ersten Mal in seiner Geschichte »Eigentümer« der Zitadelle.

Thomas Streicher